

Offensiv



MARXISTISCHE ORGANISATION

Bei Dividenden sind sie fix, für die Löhne tun sie nix!

Streik!



Griechenland

Keine faulen Kompromisse!
Forderungen voll durchsetzen!
Streiks vereinen!

Extrablatt

Eine Klasse, ein Kampf!

Streik in Europa



Großbritannien



Frankreich



Deutschland



Eine Welle von

Arbeitskämpfen

schwapppt über die Welt

Juan Díaz

Während Millionen von Jugendlichen und Arbeiter mit Begeisterung den Aufstand des französischen Volkes verfolgen, finden auf allen Kontinenten Hunderte Streiks statt. Das erste Quartal des Jahres war von einer Vielzahl von Arbeitskämpfen geprägt, die alle gemeinsame Merkmale aufweisen: Kämpfe für angemessene Lohnerhöhungen, Druck von unten auf die Gewerkschaftsspitzen, ein sprunghafter Anstieg der sozialen Konflikte und starke Repressionen seitens der kapitalistischen Regierungen.

Der wichtigste Faktor, der diese Streikwelle antreibt, ist der galoppierende Anstieg der Inflation, der zu einem allgemeinen Kaufkraftverlust geführt hat. Dazu das Risiko einer allgemeinen Finanzkrise und die immer wiederkehrenden Nachrichten über die obszöne Vermehrung des Reichtums in den Händen der Reichen, die das Feuer der sozialen Unruhen weiter anfachen werden!

Wachsende Unruhe in der US-amerikanischen Arbeiterklasse

Mitte März streikten mehr als 30.000 nicht

unterrichtende Beschäftigte an öffentlichen Schulen in Los Angeles drei Tage lang, wozu die SEIU Local 99 aufgerufen hatte. Die Bedingungen für diese Beschäftigten, die überwiegend hispanischer Herkunft sind, sind miserabel. Die Löhne wurden in den letzten 20 Jahren praktisch eingefroren, und wie in mehreren Medieninterviews berichtet wurde, müssen sie neben ihrem Arbeitstag zusätzlichen Jobs auf dem Bau oder in der Reinigung nachgehen, um über die Runden zu kommen.

Der Streik stößt in der Bevölkerung auf große Sympathie. Die brutale Verarmung der Arbeiterklasse hat dazu geführt, dass Hunderttausende Schulkinder weniger als drei Mahlzeiten am Tag erhalten. Tatsächlich haben sich 20.000 Lehrer der Gewerkschaft United Teachers dem Streik angeschlossen und sich an Massendemonstrationen und Streikposten beteiligt.

Die Gefahr, dass der Streik unbefristet wird und auf andere Sektoren übergreift, zwang die Institutionen des Bildungswesens und die Politiker dazu, eine Lohnerhöhung von 19 % anzubieten. Trotz dieser Erhöhung waren die Beschäftigten, die sich ihrer Stärke bewusst waren, entschlossen, die Streiks fortzusetzen. Aber die Gewerkschaftsbürokratie hat sich dazu durchgerungen, die Vereinbarung zu akzeptieren: Sie berief eine 45-minütige telefonische Versammlung ein – in einem Sektor mit 30.000 Beschäftigten – und erzwingt eine Abstimmung ohne Debatte.

Die Zunahme des Klassenkampfes macht hier aber nicht Halt. An der Basis der Autogewerkschaft UAW, die



mehr als eine halbe Million Mitglieder hat, hat sich ein noch nie dagewesener Druck aufgebaut. Nach dem Ausscheiden der früheren rechten Führung, die durch schwere Korruptionsskandale belastet war, wurde eine militante und linkere Kandidatur organisiert. Daraufhin griffen die multinationalen Unternehmen des Sektors auf den Justizapparat zurück, um diese Kandidatur vom Bundesgerichtshof in Ohio für ungültig erklären zu lassen und die Wahl eines Gewerkschaftsapparats zu garantieren, der ihren Interessen entspricht.

Dennoch stimmten erst Anfang des Jahres Tausende von Kollegen bei Caterpillar gegen die von der UAW-Spitze ausgehandelte Einigung und drängen auf einen Streik bei diesem Industrieriesen. Bei Stellantis, Ford und General Motors laufen 150.000 Verträge aus und müssen neu verhandelt werden, so dass ein starker gewerkschaftlicher Kampf vorausgesagt wird, wie der, der 2019 bei General Motors stattfand.

Streiks in Europa

Über Frankreich hinaus breiten sich die Mobilisierungen der Arbeiterklasse auf dem gesamten Kontinent aus. In Großbritannien haben sich im Februar und März Millionen von Beschäftigten in sektoralen Streiks zusammenschlossen, die de facto eine mit einem Generalstreik vergleichbare Situation geschaffen und sich mit der Bewegung „Enough is Enough“ im Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen verbündet haben. Der Höhepunkt dieser Welle war die beeindruckende Demonstration des öffentlichen Dienstes in London am Mittwoch, den 1. Februar, an der sich mehr als eine halbe Million Arbeiter beteiligten.

Die Angst vor einer Ausweitung dieser Kämpfe hat die Torie-Regierung des Milliardärs Rishi Sunak gezwungen, mit eiserner Faust zu handeln. Obwohl sie sich weiterhin auf den Labour-Apparat und die TUC-Bürokratie stützt, um den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten, fürchtet sie die Fähigkeiten der Arbeiterklasse, sobald diese erst einmal in Bewegung geraten ist. Darum hat die britische Regierung einen harten Angriff auf die demokratischen Rechte losgetreten, indem sie ein noch nie dagewesenes Antistreikgesetz durchgesetzt hat. Das Beispiel ihres Vorgehens bei der Feuerwehr spiegelt diese autoritä-

ren Tendenzen wider. Angesichts eines drohenden Streiks der Feuerwehrleute im ganzen Land, auch in Nordirland, drohte die Regierung mit der Verlegung von Militärpersonal auf die Insel.

In Deutschland legte ein von ver.di und EVG ausgerufenen Massenstreik im Verkehrssektor am 27. März das Land lahm. Die deutschen Medien sahen sich gezwungen, diesen Streik als den größten seit 30 Jahren anzuerkennen. Der öffentliche Dienst fordert eine Lohnerhöhung von 10,5 %. Diesem Tag gingen Streiks in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Pflegeheimen und bei der Müllabfuhr voraus. Bei der Post, wo bereits ein unbefristeter Streik beschlossen worden war, hat die Bürokratie diesen entschärft, indem sie trotz der Ablehnung der Beschäftigten eine Lohnerhöhung von 11 % über zwei Jahre gestreckt akzeptierte.

Auch in Südeuropa kommt es zu sozialen Unruhen. In Griechenland brachten Millionen das Land zum Stillstand, um gegen die Verantwortung der Regierung für das Zugunglück zu protestieren, bei dem 57 Menschen ums Leben kamen. In Portugal löste der Lehrerstreik mehrere Massendemonstrationen aus, an denen in Lissabon mehr als 100.000 Menschen teilnahmen, eine der größten Demonstrationen seit der Nelkenrevolution. Hinzu kommen die Streiks der Eisenbahner, des öffentlichen Dienstes, der Fluggesellschaften... Die portugiesische Generaldirektion für Arbeit hat eingeräumt, dass sich die Zahl der Streikaufrufe in diesem Quartal vervierfacht hat.

Die ganze Welt steuert auf eine soziale Umwälzung zu

Die Wirtschaftskrise in den ärmsten Ländern hat Millionen von Menschen in Hunger und Elend gestürzt. Der revolutionäre Aufstand in Sri Lanka im Jahr 2022 war ein Vorgeschmack auf die kommenden Prozesse. Der Kampf der Arbeiter steht in Lateinamerika, Afrika und Südasien an vorderster Front.

Bei Gunbuster Nickel Industri in Indonesien streikten im Januar 11.000 Arbeiter für sichere Arbeitsplätze und bessere Löhne. Immer wieder kommt es zu Arbeitsunfällen, die mehrere Opfer fordern. Nachdem sie sich auf dem Fabrikgelände eingeschlossen hatten, führte die Repression zu zwei Todesfällen und Dutzenden von Verletzten.

Mehr als 140.000 bolivianische Lehrer haben im ganzen Land demonstriert, was am 24. März in einem großen Streik gipfelte, zu dem die Gewerkschaft CTEUB aufgerufen hatte.

In Südafrika hat die Regierung des Afrikanischen Nationalkongresses die Armee in Krankenhäusern eingesetzt, um den unbefristeten Streik der Pflegekräfte im März für angemessene Löhne zu brechen. Gleichzeitig hält die Hafenarbeitergewerkschaft Satawu Blockaden im Hafen von Durban aufrecht, um gegen die Privatisierung zu protestieren und eine an die Inflation angepasste Lohnerhöhung zu fordern.

Es ist unmöglich, die Gesamtheit der aktuellen Arbeitskonflikte zu beschreiben. Die kapitalistische Krise führt uns in den Ruin, aber die Kraft der Arbeiterklasse und der Jugend kommt überall zum Vorschein, wie die Ereignisse in Frankreich und sogar Israel zeigen. Eine Revolution in der Gegenwart ist möglich, anders als es all diejenigen behaupten, die sagen, eine institutionelle Reform des kapitalistischen Systems sei der bequemere und „realistischere“ Weg, und dabei nur Verwirrung säen und gegen eine Wand laufen.

Wir brauchen eine starke, geeinte, kämpferische, demokratische und revolutionäre Arbeiterbewegung, die sich auf die direkte Aktion stützt, wie in Frankreich auf den kämpferischen Massenstreik, und die ein revolutionär-sozialistisches Programm vertritt, das das kapitalistische Eigentum in Frage stellt. In diesem Kampf werden wir auf die skrupellose Unterdrückung des kapitalistischen Staates treffen, der nicht zögert, das Streikrecht anzugreifen und die Bewegung zu unterdrücken, wenn sie einen revolutionären Charakter annimmt, und auf die gewerkschaftliche und politische Bürokratie – Garanten des sozialen Friedens, auf die die Kapitalisten zurückgreifen, um den Kampf zu stoppen.

Inmitten eines Szenarios von ökologischem Notstand, imperialistischem Krieg, kapitalistischer Krise und der Bedrohung durch die extreme Rechte können nur ein sozialistisches Programm und eine revolutionäre Strategie der Diktatur des Kapitals die Stirn bieten. Wir finden uns nicht damit ab, in einer Welt der Barbarei zu leben. Deshalb bauen wir eine revolutionäre Partei im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft auf.



Die französische Arbeiterklasse und Jugend stellen sich entschlossen gegen Macron

Antonio Garcia Sinde

Der elfte, am 6. April ausgerufene Generalstreik gegen die Rentenreform war erneut ein durchschlagender Erfolg. Millionen nahmen an den mehr als 370 landesweit organisierten Demonstrationen teil und brachten ihren Zorn über die Weigerung von Präsident Macron zum Ausdruck, eine Reform zurückzunehmen, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird.

Wie schon seit dem Generalstreik vom 23. März ging die Regierung mit brutalster Repression gegen die Demonstranten vor. Die antidemokratische Verabschiedung der Rentenreform per Dekret am 16. März, die Macron aus Angst vor ihrer Ablehnung in der Nationalversammlung durchgeführt hat, führte direkt in diese reaktionäre Welle. Es ist eine praktische Lektion über die wahre Natur des bürgerlichen Staates in einer der angeblichen Geburtsnationen der repräsentativen Demokratie.

Verzweiflung und Ohnmacht der Regierung Macron

Am Vorabend des Streiks hielt Premierministerin Elisabeth Borne ein Treffen mit den Führern der wichtigsten Gewerkschaften ab, um zu versuchen, die Mobilisierung zu stoppen. Das Gipfeltreffen, das keine Stunde dauerte, endete mit einer krachenden Niederlage für Macron. Nicht einmal die rechtsgerichteten Gewerkschaften, wie die CFDT, wagten es, sich der Regierung auch nur zu nähern. Die Entschlossenheit Macrons, seine Gegenreform nicht zurückzunehmen, treibt die Gewerkschaftsbürokratie dazu, Mobilisierungen voranzutreiben, die seit einigen Wochen auch nicht mehr ausschließlich nur von ihrem Willen abhängen.

Die wichtigsten unbefristeten Streiks – unter anderem in den Raffinerien, bei den Müllarbeitern, im Verkehrs- und Bildungswesen – wurden durch den Druck der Arbeiter auf ih-

re betrieblichen Gewerkschaftsgremien ausgerufen, ohne dass die zentralen Gewerkschaftsführungen eine Rolle bei ihrer Ausweitung gespielt hätten.

Nun richten sich die Augen der Regierung und der Gewerkschaftsführer auf die Sitzung des französischen Verfassungsrats am 14. April, der über die Verfassungsmäßigkeit der Reform und, über die Möglichkeit eines Referendums zur Annahme oder Ablehnung der Reform entscheiden wird. Vorerst haben die Gewerkschaften für den 13. April zu einem neuen Generalstreik aufgerufen und rufen für den 14. April zu weiteren Protestaktionen auf.

Dieser Aufruf ist zweifelsohne positiv, aber eindeutig nicht ausreichend, um Macron in die Knie zu zwingen. Es wäre falsch, Illusionen in die Institutionen des bürgerlichen Staates aufrechtzuerhalten oder die Mobilisierung von den Entscheidungen abhängig zu machen, die der Verfassungsrat treffen oder eben nicht treffen wird.

Die Erfahrungen mit der Arbeitsreform, die 2016 vom „Sozialisten“ Hollande vorangetrieben und ebenfalls per Dekret verabschiedet wurde, sollten nicht vergessen werden. Damals entschärften die Gewerkschaftsführer die Proteste mit der Ausrede, dass der Kampf vor den Gerichten ausgetragen werden müsse. Das Ergebnis war, dass die Arbeitsreform in Kraft trat.

Die Weigerung Macrons, die Rentenreform zurückzuziehen, ist keine simple Laune. Frankreich steht, wie der Rest der kapitalistischen Welt, am Anfang einer neuen Finanzkrise, die, wie wir gerade erst in den Fällen der *Silicon Valley Bank* und der *Credit Suisse* gesehen haben, den Staat dazu zwingen wird, riesige Summen an öffentlichen Geldern in das Finanzsystem zu pumpen. Um diese Almosen an die Kapitalisten zu kompensieren, werden weitere Kürzungen nötig sein, die unweigerlich eine Welle der Empörung in der Arbeiterklasse auslösen werden.

Die französische Bourgeoisie bereitet sich auf ein solches Szenario vor und kann es sich nicht leisten, Zugeständnisse zu machen, die das Vertrauen von Arbeitern und Jugend in die eigene Kraft stärken. Der Kampf geht weit über die Frage der Renten hinaus und die Bewegung stellt nicht nur die Institutionen des bürgerlichen Staates in Frage, sondern die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung selbst.

Es ist an der Zeit, der Präsidentschaft Macrons den entscheidenden Schlag zu versetzen, indem die Streiks zu einem unbefristeten Generalstreik bis zum Sturz des Präsidenten ausgeweitet werden. Die Streikorganisation muss durch die Bildung von Aktionskomitees in allen Betrieben und Bildungszentren unterstützt werden, um die Aufgaben des Streiks zu organisieren, die Besetzungen von Arbeits- und Studienplätzen zu leiten und sie unter die direkte Kontrolle der Arbeiter und Jugend selbst zu stellen.

Der CGT-Kongress spiegelt die kritische Atmosphäre gegenüber den Gewerkschaftsführern wider

Parallel zu diesen Entwicklungen hat der jüngste CGT-Kongress gezeigt, dass die Stimmung in der Gewerkschaftsbasis sehr kritisch gegenüber ihrer Führung ist. Die Gewerkschaftsführer trauen sich nicht, die nö-

tigen Schritte zu unternehmen, um den Kampf bis zum Ende zu führen, und machen sogar Rückschritte, wie im Fall des unbefristeten Streiks der Müllabfuhr in Paris, den die CGT mit dem Argument abbrach, dass es „keine Streikenden mehr gibt“. Die Ablehnung der Basis gegen diese Entscheidung war so stark, dass sich die Gewerkschaft gezwungen sah, ab dem 13. April einen unbefristeten Streik in diesem Sektor auszurufen!

In Wirklichkeit sind die zahlreichen unbefristeten oder zeitlich begrenzten Streiks der letzten Wochen das Ergebnis des Drucks der Gewerkschaftsmitglieder. Sie waren es, die den Kampf an den Tagen, an denen es keinen offiziellen Streikaufruf gab, am Leben erhalten haben und die die kämpferische Atmosphäre geschaffen haben, die Macron in die Schranken gewiesen hat.

Das Ergebnis dieses Aufstands von unten war, dass zum ersten Mal in der Geschichte der CGT der Bericht der scheidenden Gewerkschaftsführung vom Delegiertenplenum abgelehnt wurde. Die Kritik an der mangelnden Entschlossenheit von Philippe Martinez und der übrigen Führung war sehr scharf, und die Delegierten wiesen ihre Rechtfertigung zurück, dass eine angebliche Schwäche im „Kräfteverhältnis“ ihr Zaudern erklären würde. Diese Schwäche sei, so die scheidende Führung, auf Faktoren wie die Spaltung der Gewerkschaften, die „Marginalisierung“ der Gewerkschaftsbewegung und sogar auf die Protestaktionen der betrieblichen Gewerkschaftsgruppen gegen das undemokratische Verhalten ihrer eigenen Führung zurückzuführen. All diese schlechten Ausreden wurden von den Delegierten zurückgewiesen, die eindeutig einen Richtungswechsel in der CGT forderten.

Doch trotz dieser kritischen Atmosphäre entsprach das Ergebnis des Kongresses nicht den Forderungen der Delegierten. Obwohl der von Martinez unterstützte Kandidat mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde, gelang es dem CGT-Apparat, sich bei der Wahl der neuen Führung durchzusetzen, die nicht von der Gesamtheit der Delegierten, sondern von der kleinen Zahl der Gewerkschaftssekretäre, die den Bundesausschuss bilden, gewählt wird. Der linke Flügel der Gewerkschaft, der in der Strömung *Unité CGT* zusammengeschlossen ist und von Olivier Mateu

und Emmanuel Lépine angeführt wird, wurde aus dem höchsten Führungsgremium ausgeschlossen, obwohl die Delegiertenversammlung ihnen 36,5 % der Stimmen gab.

Aber dieses Ergebnis hat die Gewerkschafter der *Unité CGT* nicht entmutigt, die gestärkt aus dem Kongress hervorgehen und bereit sind, den Kampf fortzusetzen. In ihren eigenen Worten: „*Unité CGT* wird ihren Platz in diesem Kampf der Ideen einnehmen. Wir wollen eine CGT, die dem, was auf dem Spiel steht, gewachsen ist.“

Einmal mehr zeigt sich, dass der Klassenkampf selbst die gefestigtesten und scheinbar unschlagbaren Gewerkschaftsbürokratien erschüttern kann. Es ist an der Zeit, dass *Unité CGT* der Bewegung ihr Kampfprogramm offen vorstellt und ihre tatsächliche Mehrheit in der Basis zur offiziellen Mehrheit der CGT macht.

Die Rolle von France Insoumise

Auch die größte Organisation der französischen Linken, *France Insoumise* (LFI), hat die Wucht des Massenkampfes zu spüren bekommen. Ihr Vorsitzender Jean-Luc Mélenchon ist zu einem Bezugspunkt für die Bewegung geworden, indem er zu einer verstärkten Mobilisierung auf der Straße aufrief und die Farce der parlamentarischen Demokratie kritisierte.

Durch den Aufbau eines Widerstandfonds zur Unterstützung der Streiks hat LFI die Schwächen der Gewerkschaftsführer aufgedeckt. LFI-Funktionäre haben an vorderster Front an Streikposten teilgenommen und die Härte der Repression aus erster Hand erfahren. Ihre Jugendführer haben die Besetzung von Schulen und Universitäten vorangetrieben und der Mobilisierung der Jugend einen wichtigen Impuls gegeben.

Diese Rolle als treibende Kraft des Kampfes hat France Insoumise ins Fadenkreuz der staatlichen Repression rücken lassen. Mehrere junge Mitglieder, darunter Emma Fourreau, eine der beiden Landesvorsitzenden, wurden wegen ihrer Teilnahme an den Mobilisierungen verhaftet. Gegen Mélenchon wurde von der Pariser Justiz ein Ermittlungsverfahren wegen „öffentlicher Empörung gegenüber Autoritätspersonen“ eingeleitet; ein klarer Versuch, ihn einzuschüchtern.

Doch neben der Repression kommt der schlimmste Angriff auf France Insoumise aus den Reihen der NUPES (Neue ökologische und soziale Volksunion), dem von LFI unterstützten Wahlbündnis, dem auch die Sozialistische Partei (PS) und die Kommunistische Partei (PCF) angehören.

Die PS hat bei den jüngsten Nachwahlen im Departement Ariège ihre eigene Kandidatur unterstützt. In diesem Departement hat der französische Verfassungsrat den Abgeordneten der NUPES, der die letzten Wahlen gewonnen hatte, mit fadenscheinigen Gründen abgesetzt und eine Wiederholung der Wahl angeordnet. Die PS stellte einen Kandidaten außerhalb der NUPES auf, dem es mit Unterstützung aller rechten Kräfte, von den Macronisten bis zu den Faschisten, gelang, die Wahl gegen die entlassene NUPES-Abgeordnete Bénédicte Taurine zu gewinnen.

Die PCF war weit davon entfernt, diesen infamen Verrat der PS zu verurteilen, und nutzte die Gelegenheit sogar noch, um Mélenchon anzugreifen und seine Autorität bei den Linken zu untergraben. In einem Interview mit der Wochenzeitung L'Express, die diese Woche veröffentlicht wurde, erklärte Fabien Roussel, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, dass „die NUPES überholt ist. Es ist notwendig, die Gruppe viel weiter zu fassen.“ Und er selbst erklärte, was er damit meinte: Bernard Cazeneuve, den ehemaligen sozialistischen Premierminister, der die SP aus

Protest gegen das Bündnis mit France Insoumise verließ und eine winzige Partei gründete, die den reaktionärsten Teil der SP vereint und Macron offen unterstützt. Zweifellos wird dieses Projekt die nötige mediale und finanzielle Unterstützung erhalten. Die französische Bourgeoisie wird keine Mittel scheuen, um LFI zu zerstören, und das umso mehr, als sie in der PCF einen Verbündeten gefunden hat, der bereit ist, das Bündnis der NUPES von innen heraus zu sprengen.

Die beste Verteidigung gegen diese Angriffe wäre, dass France Insoumise einen neuen Schritt nach vorne macht und der Arbeiterklasse und der Jugend ein Programm und einen Kampfplan vorschlägt, der die französische Realität radikal verändern kann. Es reicht

tatur des Finanzkapitals, die offen die Zukunft der großen Mehrheit der französischen Bevölkerung bedroht, ein Ende zu setzen und entschlossen den Weg zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft einzuschlagen, beginnend mit der Enteignung des Finanzsystems und der Monopole, die heute durch Macron de facto Frankreich beherrschen.

Heute steht die sozialistische Revolution wieder auf der Tagesordnung als einzige Alternative zu Armut, Krieg, Umwelt- und Klimakrise, in die uns das kapitalistische System führt. Alle Bedingungen sind reif dafür, dass die französische Arbeiterklasse und Jugend als erste diesen Weg beschreitet und damit ein Signal an die Arbeiterklasse und die Jugend in der ganzen



nicht aus, den Kampf um die Renten zu gewinnen. Es ist notwendig, der Dik-

Welt sendet, den Weg zu ihrer Befreiung entschlossen selbst zu beschreiten.

Lies mehr zu den internationalen Streikbewegungen:



Frankreich



Großbritannien



Griechenland

Deutsche Bank & Co.

Die neue Finanzkrise ist Ausdruck der tiefen Krise des Kapitalismus. Schlechte Aussichten für das deutsche Kapital

Fyn Hansow

Nach der Coronapandemie und dem Beginn des Ukrainekrieges im Februar 2022 erschüttert der nächste Schock die Weltwirtschaft und den deutschen Kapitalismus. Im größten „Bank Run“ der Geschichte (d.h. massenhaftes panisches Abheben von Geld durch Kunden, die um ihre Konten fürchten) und den darauffolgenden Kursstürzen sind innerhalb weniger Tage gleich mehrere Banken über die Klinge gesprungen: Die US-amerikanischen Institute/Regionalbanken *Silicon Valley Bank* (SVB) und *Signature Bank of New York* ebenso wie die Schweizer Großbank *Credit Suisse* (CS), die zu einer der weltweit

30 „systemrelevanten“ Banken gehört und mit der UBS zwangsfusioniert wurde. In Deutschland führte das zu massiven Kursverlusten bei der Deutschen Bank und der Commerzbank.

Auch wenn die Situation sich nach den ersten hektischen Tagen zunächst stabilisiert hat und die bürgerlichen Medien beteuern, dass es sich im Fall der SVB und *Signature Bank* um kleine Tech- und Start-Up-Institute handelt, deren riskanten Geschäftsmodelle ihnen nach Erhöhung der Leitzinsen auf die Füße gefallen sind, erleben wir erneut Symptome einer Finanzkrise, auch wenn deren Geschwindigkeit und genauen Ausprägungen natürlich offen sind.

Diese erneuten Krisensymptome sind Ausdruck der tiefen wirtschaftlichen Rezession, die sich schon vor Beginn der Pandemie angebahnt hat und die in der kapitalistischen Produktionsweise selbst ihre Ursachen hat: Allein in den USA sitzen Banken schätzungsweise noch auf potenziellen Verlusten von 620 Milliarden Dollar, einer Studie zufolge könnte 186 weitere Banken das Schicksal der SVB ereilen. Bereits jetzt wurden die Auswirkungen, die alleine die Bankenpleite einer Regionalbank wie der SVB auch auf den Rest der Wirtschaft haben kann, mehr als deutlich. In Europa ist nicht nur die CS als alteingesessene Großbank eng mit dem deutschen Finanzkapital verbunden, auch die neue Talfahrt der Deutschen Bank und Commerzbank trübt die Aussichten für die Bundesrepublik.

SVB und Deutsche Banken zeigen: die kapitalistische „Krisenbekämpfung“ von einst schürt eine neue und noch tiefere Krisen

Die Situation der Banken ist nicht losgelöst vom Zustand des Kapitalismus allgemein, und hat ihre Ursachen viel tiefer als in einer zeitweiligen „Unterkonsumtion“ der Massen oder einem „ungebändigten Raubtierkapitalismus“, dem mit einigen wenigen Reformen beizukommen wäre.

Ein chronischer Zustand weltweiter Überproduktion und niedriger Profitraten hat dazu geführt, dass Anleger ihre Kapitalbestände immer stärker in riskante Finanzgeschäfte und Spekulationsblasen investiert haben. Das führte zur Krise im Jahr 2008, die mit der Pleite von Lehman Brothers begann.

Doch seitdem hat sich nichts Wesentliches am Zustand des weltweiten Kapitalismus geändert. Im Gegenteil: Die „Lösung“ für ausbleibende Produktivität und ausbleibenden Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft war die Niedrigzinspolitik, um weiterhin billiges Geld in die Wirtschaft zu schwemmen. Paradiesische Zustände für Spekulanteure aller Art und Blasen auf dem Finanzmarkt, was sich unter anderem in der Blasenbildung der Kryptowäh-





Französische Protestierende stürmen Zentrale von BlackRock

rungen, NFTs oder auch in finanzpolitischen Entscheidungen wie den Hochrisikokrediten wie die der SVB ausdrückte. Obwohl also in der Krise von 2008 augenscheinlich alle einer Meinung waren – nämlich darüber, dass die Anarchie der Märkte und der Charakter des kapitalistischen Bankenwesens die eindeutige Ursache für die vergangene Krise waren – ist der Anteil an Spekulationen an den kapitalistischen Märkten alles andere als gesunken. Das zeigt ganz deutlich auf, dass die Ursachen der kapitalistischen Krise organischer Bestandteil des kapitalistischen Systems sind, das nicht einfach durch simple Reformen davon „gereinigt“ werden kann.

Noch dazu kam auch die jetzige Krise einiger Banken nicht überraschend, und wurde auch nicht nur durch einzelne Fehlentscheidungen und einen Bank Run bei der SVB ausgelöst, sondern kündigte sich über einen längeren Zeitraum an. Bei der *Credit Suisse* wurden schon im vierten Quartal 2022 rund 107 Milliarden Franken von Kunden abgezogen. Die Sparkassen haben 2022 rund 7,8 Milliarden Abschreibungen auf Wertpapiere eingebüßt, bei der SVB war schon im September 2022 der Marktwert der Papiere so niedrig, dass die Bank praktisch insolvent war.

Alle Symptome von Spekulation und Überakkumulation, die sich seit der letzten Krise nicht aufgelöst haben, haben die heutige Krisenentwicklung weiter angeheizt. Im Fall der Deutschen Bank kamen dabei die sogenannten „Credit Default Swaps“ (CDS) zum

Tragen – Versicherungen auf Wertpapiere, die als Spekulationsobjekt gekauft werden und mit denen auf den Fall eines Aktienkurses gewettet wird. Ihr Wert ist im Fall der Deutschen Bank in den vergangenen Wochen deutlich gestiegen, und hat die Talfahrt der DB-Aktie verschärft.

An allen Ecken und Enden wird deutlich, dass die kapitalistische Krise von 2008 nicht überwunden ist. Ihre Charakterzüge bestehen fort, und ihre Auswirkungen werden zum Schlüsselpunkt in der neuen Finanzkrise.

„Bankenrettung“? Verstaatlichung der Banken und Schlüsselunternehmen und entschädigungslose Enteignung des Finanzkapitals!

Die Krise ist noch lange nicht vorbei. Eine Studie mehrerer US-Ökonomen fand heraus, dass 10 Prozent aller US-Banken noch höhere ungesicherte Verluste besitzen als die SVB. Und wie in der Krise von 2008 und überhaupt sind die internationalen Monopolkonzerne heute durch ein dickes Geflecht internationaler Verstrickungen miteinander verbunden. Für Deutschland bedeutet das, dass gerade Unternehmen wie die Deutsche Bank, die Commerzbank, aber auch Dax-Konzerne wie Continental, Porsche oder Volkswagen, die stark von Krediten des Bankensektors abhängig sind, direkt von einer Krisenentwicklung – die in ihrem Ausmaß die Krise von 2008 übertreffen könnte – betroffen wären.

Der unmittelbare Auslöser für das

Straucheln der Finanzwirtschaft ist die Anhebung der Zinsen. Doch die Herrschenden im kapitalistischen System haben nur die Wahl zwischen Pest und Cholera: Fed und EZB werden abwägen müssen, mit ihrer schrittweisen Erhöhung der Leitzinsen fortzufahren, um die Inflation mit ihren kapitalistischen Methoden einzudämmen, was die Finanzkrise verschlimmern würde, oder diese zurückzufahren, um ihre eigenen Finanzinstitutionen zu stabilisieren, was aber gleichzeitig die Inflation in eine noch extremere Aufwärtsspirale treiben würde.

Eine neue Finanzkrise wird nicht nur weltweit und auch in Deutschland die Legitimität der kapitalistischen Institutionen noch weiter untergraben. Auch werden die Bankenrettungsprogramme, die jetzt schon von den Regierungen geschnürt werden, soziale Verteilungskämpfe weiter befeuern und das in einem Moment, wo Europa von Generalstreiks erschüttert wird und Frankreich sich in einer revolutionären Krise befindet.

Die herrschende Klasse kennt diese Realität und bereitet sich auf alle Szenarien vor. Auch in Deutschland unternimmt sie entsprechende Anstrengungen: Sie kurbelt an der Staatsverschuldung, um Rettungsschirme und Milliarden-Aufrüstungspakete für den Kampf um die globale, imperialistische Vormacht zu schnüren.

Gleichzeitig zeigen die sozialen Kämpfe, die Frankreich, Deutschland und die ganze Welt erfasst haben, dass die herrschende Klasse genau weiß, woher sie das Geld für ihre Systemrettung nehmen wird: Aus den Taschen der Arbeiter und Armen, und durch soziale Kürzungen. Es geht darum in den heutigen Klassenkämpfen um viel mehr, als um Tarifabschlüsse. Es geht darum, welche Klasse für die Lösung der kapitalistischen Krise bezahlen wird. Und dabei gibt es nur zwei Wege: Die Fortsetzung und Vertiefung des kapitalistischen Krieges, die ökologische Zerstörung des Planeten, die Fortsetzung der Verarmung der Massen und des Klassenkampfes von oben – oder die Abschaffung dieses dreckigen kapitalistischen Systems, durch die Verstaatlichung der Banken und Schlüsselindustrien unter Kontrolle und Verwaltung der Arbeiterklasse, durch den weltweiten Sozialismus!

Infrastrukturstreik legt das Land lahm.

Wir brauchen einen Eskalationsplan, um die Streiks auszuweiten!

Marxistische Organisation Offensiv

Der Megastreik im Infrastrukturbereich am 27. März, der im ganzen Land durch eine gemeinsame Aktion des öffentlichen Dienstes und der Bahngewerkschaft EVG organisiert wurde, war ein voller Erfolg, der die Macht einer bundesweit und branchenübergreifenden Kampfstrategie eindeutig bewiesen hat.

Das erste Mal seit Jahrzehnten riefen EVG und ver.di zu gemeinsamen Streiks auf. Der Streik betraf Flughäfen, Bahn, kommunale ÖPNV-Betriebe, Teile der kommunalen Häfen, Autobahngesellschaft und die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Hunderttausende haben sich am Streik beteiligt und immensende Ergebnisse erzielt: Die Kollegen von ver.di und EVG haben das Land vollständig lahm gelegt! Die Anzeigetafeln in den Hauptbahnhöfen blieben leer, und fast kein einziges Flugzeug hob vom Boden ab.

Eine wichtige Achse des Kampfes ist der Hamburger Hafen, wo es der vereinte Streik der Lotsenversetzer und der HPA dieses Jahr das erste Mal geschafft hat, den Hafen für die Containerschiffahrt vollständig stillzulegen.

Alles das war möglich aufgrund der enormen Kampfkraft der Kollegen! Seit Jahresanfang sind mehr als 70.000 Kolleginnen und Kollegen in ver.di eingetreten – so viele wie nie zuvor in der Geschichte der Gewerkschaft. Das ist ein eindeutiger Aufruf an die Gewerkschaft, den Kampf aufzunehmen. Arbeiterinnen und Arbeiter organisieren sich, um zu kämpfen!

Bosse und Regierungen greifen Streikrecht an. Das ist die „europäische Demokratie“

Konfrontiert mit dieser mächtigen Streikwelle haben die Bosse alle Hebel in Staat und Medien in Bewegung gesetzt, um den Streik zu bekämpfen: Gestern erfolgte ein Gerichtsurteil, das den Streik des Elbtunnels verboten hat. Das Gericht handelte auf Klage der Autobahn GmbH hin, der Betreibergesellschaft der Autobahnen.

Im ganzen Land haben die Vertreter der Bosse mediale Angriffe auf das Streikrecht gestartet. Die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Anna von Treuenfels-Frowein (FDP) nahm 20 Schiffe, die nicht in den Hafen einfahren konnten zum Anlass zu sagen, der „Gesetzgeber müsse darüber nachdenken was zu tun ist“. Auch die Mittelstandsunion in der CDU und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall fordern Streikverbote.

Die HSH-Firmenchefs setzten ihre Mitarbeiter unter Druck, als Streikbrecher gegen die Aktionen der HPA und die Lotsenversetzung zu dienen. Ebenso hat die HPA versucht, externe Firmen als Streikbrecher anzuwerben.

Vereint sind wir stark! Jetzt Erzwingungsstreiks bei Bahn und öffentlichem Dienst vorbereiten!

Arbeiterinnen und Arbeiter haben ihre Entschlossenheit zu kämpfen gezeigt, und die Regierungen haben reagiert. Ver.di muss jetzt eine Schippe drauflegen! Es ist klar, dass Kolleginnen und Kollegen erwarten, dass die Gewerkschaft zurückschlägt. Gestern kündigte die ver.di-Spitze einen unbefristeten Streik auszurufen, wenn sich die Arbeitgeber nicht bewegen.

Das ist der richtige Weg, und ver.di muss jetzt auf allen Ebenen beginnen, einen unbefristeten Streik im öffentli-

chen Dienst vorzubereiten! Dafür ist es nötig, jetzt demokratische Aktionskomitees und regelmäßige Versammlungen von Streikdelegierten der Belegschaften zu organisieren, um über nächste Schritte im Streik zu entscheiden und den Streik zu organisieren!

Das Beispiel von Frankreich beweist, dass es nicht nötig ist, die Offensive der Bosse durchgehen zu lassen. Stattdessen können die Gewerkschaften die Streiks vereinen als ersten Schritt hin zu einem deutschen Generalstreik.

Die Probleme der Inflation, der Armutslöhne, der Prekarität und der wachsenden Ungleichheit und Armut betreffen alle Sektoren, die öffentlichen wie die privaten. Gleichzeitig sehen wir, wie die Gewinne von Banken und großen Unternehmen wachsen, die Millionen an öffentlichen Subventionen erhalten. Die Regierung sagt, dass sie kein Geld für an die Inflation geknüpfte Indexlöhne hat, aber sie hat Geld, Tausende von Millionen Euro, für die Militärunternehmen, die mit dem Krieg Profit machen. Was für ein Zynismus!

Wir müssen alle Kräfte der Bevölkerung mobilisieren, die dagegen aufstehen und kämpfen wollen. Auf diesem Weg ist es möglich, den Druck auszubauen und die Stimmung im Land von Grund auf zu ändern für eine Offensive von unten. Dazu müssen sich Arbeiter, Gewerkschaftsaktive, Jugend- und Studentenorganisationen, soziale Bewegungen, kämpferische Mitglieder der LINKEN und revolutionäre Organisationen koordinieren, und die Bewegung auf der Straße durch direkte Aktionen und Selbstorganisation vorantreiben!

- **Die Gewerkschaft braucht einen Plan zur koordinierten Bekämpfung des Streikbruchs!**
- **Effektive Streikposten müssen in allen Bereichen unter aktiver Mithilfe der sozialen Bewegungen, politischer und revolutionärer Organisationen aufgebaut werden, um den Streik zu verteidigen. Auch Vollversammlungen mit Streikberichten durch die Kollegen in den Universitäten und Schulen, die zu Streikposten mobilisieren, können dafür genutzt werden!**
- **Wir brauchen Aktionskomitees und regelmäßige Streikdelegiertenversammlungen, die direkt über weitere Schritte im Streik entscheiden. Alle Funktionsträger der Gewerkschaften müssen nach dem Willen der Belegschaften handeln und jederzeit wähl- und abwählbar sein!**
- **Der politische Streik muss legalisiert werden, und das Streikrecht in dem Sinne ausgebaut, dass eine Beendigung von Streiks ohne eine eindeutige Mehrheit nicht möglich ist! Beendet Streikverbote und jede Beschränkung demokratischer Rechte!**
- **Die Gewerkschaft muss die Streiks branchenweit und bundesweit auf einen Tag legen und sofort Erzwingungsstreiks vorbereiten. Vereint zu kämpfen macht uns stärker!**
- **Die Forderungen aller Bereiche müssen in den Kampf aufgenommen werden. Für die gleitende Lohnskala! Für die 30-Stunden-Woche! Es braucht eine politische Kampagne der Gewerkschaften die alle Sektoren zusammenbringt**
- **Die privatisierten Bereiche müssen rückverstaatlicht werden!**
- **Der Sparzwang der Kommunen muss auf allen Ebenen, gesetzlich wie auch tariflich, zurückgeschlagen werden! Für die Verstaatlichung aller Banken und Schlüsselindustrien, um die notwendigen Ressourcen zu mobilisieren und unsere Bedürfnisse zu erfüllen!**



Melde dich bei uns, wenn du uns zustimmst und an unserer Seite für eine kämpferische Arbeiterbewegung eintreten willst!



NEIN zur Schlichtung!



Die Tarifparteien des öffentlichen Dienstes haben die Schlichtungsphase beendet. Die Schlichtungskommission hat nun ein Angebot zur Verhandlung vorgeschlagen: Insgesamt 3.000 Euro steuer- und abgabenfreie Inflationsprämie bis März 2024, ab da 200 € und anschließend 5,5 %, mindestens aber 340 €.

Damit ist eingetreten, was Gewerkschaftsaktive seit Einführung der Prämie befürchtet haben: Obwohl Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes nun zwei Jahre lang Lohneinbußen durch die Inflation zu beklagen hatten (die Tarifabschlüsse lagen bei 1,4 % 2021 und 1,8 % 2022, die Inflation 2022 bei über 7 Prozent), nutzen die Arbeitgeber die Prämie nicht, um sie dafür zu entschädigen, sondern **um Gehälter im öffentlichen Dienst für das Jahr 2023 einzufrieren!**

Teile des ver.di-Apparates haben bereits damit begonnen, das Ergebnis der Schlichtung schönzurechnen, und Kollegen auf eine Zustimmung einzustimmen.

In Gehaltstabellen, die von der Bürokratie in alle Teile des Landes verschickt werden heißt es, Kolleginnen und Kollegen der Niedriglohngruppe E1 hätten mit dem Schlichtungsergebnis Gehaltssteigerungen um über 16 Prozent zu rechnen. Das ist eine Falschdarstellung, und soll Verwirrung über das tatsächliche Ergebnis stiften.

Wir haben das Angebot beispielsweise für einen Angestellten der Lohngruppe E4 (Müllwerker, Hausmeister, Sicherheitsmitarbeiter) berechnet. Sein Gehalt liegt heute bei 1676,65 € netto. Wird das Schlichtungsergebnis angenommen, steigt sein Gehalt 2023 überhaupt nicht, und 2024 auf 1865,57 €.

Vergleichen wir das mit einem einfachen Inflationsausgleich: In diesem Fall nehmen wir eine Inflation von 7,3 Prozent an. Damit steigt sein Gehalt im Jahr 2023 auf 1799,05 und 2024 auf 1930,38 €.

Daraus ergibt sich mit dem Schlichtungsergebnis ein eindeutiger Lohnverlust!

Es ist im Angesicht der Bankenkrise am Horizont nicht abzusehen, wie sich die Inflation im Jahr 2024 entwickelt. Es kann bei Ist-Stand bleiben, dann droht weiterer Kaufkraftverlust, die Inflation kann sich auch auf 10 Prozent und mehr bewegen, dann droht eine weitere massive Verarmung der unteren Lohngruppen, die Vollzeit arbeiten, aber deren Lohn schon heute nicht mehr reicht, um ihre Familien zu ernähren!



- **Nein zum Schlichtungsergebnis!**
- **Bindende & Demokratische Befragung abhalten!**
- **Erzwingungsstreik vorbereiten!**
- **Konsequent für 10,5%, 500€ und 12 Monate!**

Kämpf mit uns

für demokratische & kämpferische Gewerkschaften!

Mitglieder von Offensiv haben gemeinsam mit anderen Betriebsaktiven in den vergangenen Wochen erste Anstrengungen unternommen, um regionale Vernetzungen für kämpferische &

demokratische Gewerkschaften aufzubauen. Wir wollen: Kämpferische Gewerkschaften, die dem mehrheitlichen Willen der einfachen Kolleginnen und Kollegen unterstellt sind.

Wenn du uns zustimmst, melde dich bei uns und werde mit uns aktiv – im Betrieb und auf der Straße!
info@offensiv.net
Insta: offensiv_marxisten

ÖD, Bahn & Stahl:

Kämpfen & Siegen!

Mit den Kämpfen bei der Post, der Bahn und im öffentlichen Dienst ist Deutschland in eine neue Welle von Arbeitskämpfen eingetreten, die angesichts grassierender Inflation neue Maßstäbe setzen. Arbeitszeitverkürzung, keine „Inflationsprämie“ bei Lohnverzicht – Vorstellungen, die früher in Arbeitskämpfen mit Leuchtturmwirkung wie dem der Seehäfen im Jahr 2022 vertreten waren, haben jetzt die Chance, in einem breiten Arbeitskampf der Hunderttausende umfasst Gehör zu finden und auf fruchtbaren Boden zu fallen.

Es ist ganz klar, dass die Gewerkschaftsspitzen, die im letzten Jahr einer „konzertierten Aktion“ zugestimmt haben – einem Bündnis mit den Arbeitgebern und Regierungsvertretern zur Befriedung der Tarifkonflikte durch Maßnahmen wie die „Inflationsprämie“, die das Lohnniveau senken und Arbeitskämpfbremsen sollen – ein solches Szenario verhindern wollen.

Aber deshalb dürfen wir ihren Beschwichtigungen, die immer wieder mit dem selben Argument vorgetragen werden – „Was in Frankreich und anderswo passiert ist das eine, aber hier sind wir in Deutschland, hier wollen die Leute nicht streiken“ – keinen Glauben schenken.

Folgendes ist möglich: Auch hier nach dem Vorbild der französischen

Gewerkschaften einen echten Klassenkampf loszutreten, einen verallgemeinerten Kampf gegen die Austerität der Kommunen, die Verarmung der Arbeiterklasse, und die zunehmende Zerstörung unseres Lebensstandards und unseres Planeten durch die Kapitalisten.

Es ist nicht wahr, dass „Die Mieten werden immer höher“ ein unabänderliches Naturgesetz ist. Es ist auch nicht wahr, dass wir wehrlos dabei zusehen müssen, wie Dieter Schwarz (Eigentümer von Lidl) während der Pandemie zum reichsten Deutschen (mit einem Privatvermögen von 43,5 Mrd. Dollar) aufsteigt, während unsere Nudeln heute statt 39 Cent 99 Cent kosten.

In den aktuellen Tarifkämpfen geht es selbstverständlich um gute Abschlüsse und einen lebenswerten Lohn für Alle. Aber es geht um viel mehr! Es geht

darum, dass die Reichen und Besitzenden nicht länger alleine diktieren, dass „Krisenbekämpfung“ immer nur heißt, dass Banken und Konzerne weiter aus der Krise gekauft werden und ihre Chefetagen weiter ungestört Dividenden ausschütten, während es nicht mehr möglich ist, von zwei Einkommen der unteren Einkommensgruppen im öffentlichen Dienst eine Familie gesund zu ernähren.

Es ist nicht wahr, dass kein Geld da ist. Es ist da, weil wir es erarbeiten. Es ist da, es nur bei den Falschen.

Diese Ausgabe unserer Zeitung beschäftigt sich mit den folgenden Fragen:

- *Zuspitzung der weltweiten Arbeitskämpfe*
- *Kampf der französischen Arbeiter und Jugend gegen die Rentenreform*
- *Bankenkrise am Horizont: Was geschieht in der deutschen Wirtschaft?*
- *Was von „Inflationsprämie“ und „Schlichtungsvereinbarung“ zu halten ist*
- *Kämpfen & Siegen: Unser Kampfprogramm für die Kämpfe im öffentlichen Dienst*

Schließ dich den revolutionären Kommunisten an!

- Instagram: [Offensiv_marxisten](#)
- Email: info@offensiv.net
- WhatsApp: [0162/8359272](tel:0162/8359272)
- Facebook: [Marxistische Organisation Offensiv](#)